

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in  
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57  
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Gust. Dittmer)  
Fernsprecher: Rint. Söhren Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis  
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 3 Mk.  
Postzeitungsliste Nr. 3164

## Heinrich Schönberg †

Nun ist er plötzlich dahingegangen, unser Hein! Schon auf dem Mainzer Verbandstag 1906 fürchteten seine engeren Freunde, er werde nicht allzulange mehr der schicksalhaften Krankheit Herr werden, die seinen Körper zermürbte. Und doch: Was hat er noch Ungeheures in seinem engeren Wirkungskreis, der Hamburger Filiale, geleistet, was hat er aber auch in den folgenden Jahren bis 1912 als Seele des Verbandsausschusses noch gearbeitet und gestritten! Gewiß, es kam nicht gleich alles so, wie er es wohl gewollt hatte in damaliger Zeit. Und an eisernem Willen hat's ih' wahrlich nicht gefehlt. Aber bei all den inneren Reibereien, die bis zum letzten Verbandstag, Anfang 1914, unsere Entwicklung hemmten, hatte er doch stets nur ein Ziel im Auge: Das Wohl des Verbandes!

Freilich, scharf und unerbittlich war er in seinen Ansichten und Forderungen. Das gestaltete sich zeitweilig bis hart an die Grenze, wo die juristische Spitzfindigkeit anfängt. So konnte es nicht ausbleiben, daß zeitweilig seine Meinungsgegner erbittert wurden. Aber allzulange hielt das nicht stand, dank der stets wieder von Hein Schönberg betätigten und bewährten Kollegialität, die im Kleinen wie im Großen unabweidlich zutage trat.

Eins aber liert ihn vor vielen Menschen: Er hielt die Treue in guten wie in bösen Tagen! Das haben besonders auch die beiden verstorbenen Hamburger Kollegen Bürger wie Kiedel erfahren. Aber auch viele andere Hamburger Kollegen, denen er mit Feuereifer Rat und Hilfe zuteil werden ließ.

Hein Schönberg war eine Feuerseele, die lichterloh brannte, wenn es galt in Aktion zu treten. Das aber schätzten seine Hamburger Kollegen mit Recht an ihm und so darf gesagt werden, daß sie ihm ein schier unbegrenztes Vertrauen bis an sein Lebensende entgegen brachten. Er hat es aber auch gerechtfertigt all die Jahre! Mit welcher Schärfe kam er den rückständigen Hamburger Senatoren bei, wenn sie gar zu wenig Verständnis für die rechtliche und soziale Lage unserer Kollegen aufbrachten! Wie geißelte er in scharfsinnigen Christänen die Rückständigkeit der Behörden! Dieses schier unerhörliche Kapitel soll einmal an anderer Stelle ausführlich behandelt werden.

In den langen Jahren, die Heinrich Schönberg Mitglied des Verbandsausschusses war, fiel es dem Verbandsvorstand mitunter nicht leicht, seine Anschauungen und Maßnahmen durchzusetzen, weil Schönberg mit äußerstem Scharfsinn und Konsequenz den einmal gewonnenen Standpunkt verteidigt. Und doch war es für den denkenden Gegner seiner Anschauungen eine gewisse Freude, seinen bestehenden Argumenten, die in schier unerhöflicher Fülle niederprasselten, zuzuhören. Fast stets wußte er etwas Sachlich Neues und Interessantes der Debatte einzufügen und wenn auch hier und da die Darlegungen hart an theoretische Haarspaltereien grenzten, lehrreich und tiefgründig waren sie doch zumisch.

Heinrich Schönberg war tief in die Theorien der Arbeiterbewegung und des Sozialismus eingedrungen. Gerade darum ist es so arg bedauerlich, daß wir seine mahnende, besinnliche Stimme nicht mehr vernahmen können, jetzt, da es gilt im schnelleren Tempo unseren Zielen näher zu kommen. Er hat in allen Phasen seines öffentlichen Wirkens die Auffassung vom organischen, allmählichen Aufstieg der Arbeiterklasse vertreten und so zurückhaltend er gegenüber den radikalere Theorien war, so radikal war er in der Praxis! In Zeiten, da es ein außerordentliches Wagnis war, setzte er die Kündigung der Hamburger Kollegen durch, um die langverzögerte Arbeitszeitverkürzung durchzudrücken. Hart auf des Messers Schneide stand oft der Kampf in Hamburg. Aber stets wußte Schönberg den Gegner mit neuen Mitteln und Argumenten zu überraschen und viel verdanken ihm die Hamburger Kollegen durch die klare Taktik, die er anwendete. So wuchs und erstarkte ein gegenseitiges Treueverhältnis zwischen Hein und den Hamburger Kollegen, wie es idealer kaum gedacht werden kann, zum Segen der Filiale und des Verbandes.

Wäre Hein Schönberg körperlich robuster gewesen, kein Zweifel, seine Tätigkeit in der Hamburger Gesamtarbeiterchaft hätte sich noch viel stärker bemerkbar gemacht, als das ohnehin der Fall war. Er war der wahrhaft berufene Arbeiterführer, und wer seine gehaltreiche Begrüßungsrede auf dem Hamburger Verbandstag 1914 aufmerksam mit anhören konnte, mußte stolz sein auf diesen klar und warmherzig empfindenden Menschen, der uns zu gleicher Zeit zu passen verstand und doch in strenger Logik Gedankenquadern aufbaute.

Unser Verband verliert an Hein Schönberg einen wertvollen Berater, dessen Stimme stets Gehör fand. Seine engeren Freunde aber entsinnen sich voll Wehmut der unvergeßlichen Stunden, da wir mit ihm bis in den frühen Morgen hinein „spintifert“ um des Verbandes und des sozialen Strebens willen.

Nun ist Hein Schönberg dahingegangen. Sein Wirken aber verbleibt den Lebenden als stärkste Triebfeder, es ihm gleich zu tun und alles daran zu setzen, um den arbeitenden Volksschichten Freiheit und sozialen Aufstieg zu gewährleisten.

Wiel ist dafür in den letzten Wochen geschehen. Aber noch bedrohen uns schwere Wolken. Wohlant! Arbeiten wie im Sinne unseres wackeren Hein Schönberg, damit erweisen wir seinem Andenken die beste Würdigung.

E. D.

## Das Wahlergebnis zur Nationalversammlung.

Wenn wir eine umfassende Uebersicht über die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung gewinnen wollen, müssen wir uns vor Augen halten, daß alle früheren Maßstäbe hinfällig geworden sind. Sowohl die Zahl der Wähler hat sich nahezu verdreifacht, als auch das Listensystem und die Proportionalwahl haben die Abstimmung erheblich beeinflusst. Während z. B. früher die reaktionären Parteien in den Großstädten wie Berlin gar nicht erst den ernstlichen Versuch machten, ihre Kandidaten durchzubringen, hat sich hier das Bild gewaltig verschoben. Fieberhaft und mit ungeheuren Geldsummen ist von bürgerlicher Seite gearbeitet worden. Das Abschreiben der Berliner Wählerliste kostete z. B. 52 000 Mk. Trotzdem hatten es die „Demokraten“ vorgenommen, um planmäßige Schlepparbeit zu verrichten.

In der Arbeiterschaft bestand auf der anderen Seite die Bitterkeit in zwei Organisationen, die sich schwer befehdeten. Dazu kam, daß die Berliner Organisation gerade in der Umbildung begriffen war und den alten Wahlapparat nicht mehr benutzen konnte, während der neue leider noch nicht fertig war.

Ferner wurde das Bild auch im Reich wesentlich getrübt durch die Spartakuswoche, die uns Sozialisten sicher viele Hunderttausende von Stimmen gekostet hat.

Zieht man alle diese Faktoren in Betracht, so darf gesagt werden, daß wir mit dem Gesamtergebnis durchaus zufrieden sein können.

Obwohl wir alle wohl gehofft und erwartet, daß die Sozialisten im ersten Anstich die Mehrheit des Volkes hinter sich haben würden, aber einmal fehlt nicht gar so viel daran, zum andern hat der links-radikal gerichtete Teil der Arbeiterschaft sehr viel dazu beigetragen, daß unsere Erwartungen nicht voll in Erfüllung gingen.

Es fehlte eben in zahlreichen Arbeiterkreisen jede Rücksichtnahme auf die innen- wie außenpolitische Situation! Die bürgerlichen Parteien haben das weidlich ausgenutzt und der bis dahin so leidenschaftliche schwächliche Liberalismus hat unter dem neuen Titel der deutsch-demokratischen Partei erstaunliche Erfolge errungen.

Im einzelnen stellt sich das Bild nach dem „Reichsanzeiger“ (außer der Pfalz) folgendermaßen dar:

|                                   |            |
|-----------------------------------|------------|
| Sozialdemokraten                  | 11 112 450 |
| Unabhängige                       | 2 186 306  |
| Deutsche Demokraten               | 5 562 936  |
| Christliche Volkspartei (Zentrum) | 5 368 804  |
| Deutschnationale                  | 2 730 196  |
| Deutsche Volkspartei              | 1 106 408  |
| Bayerischer Bauernbund            | 273 718    |
| Bayerische Mittelpartei           | 11 955     |
| Schlesw.-Holst. Bauernbund        | 58 482     |
| Braunschweigischer Landesverband  | 56 675     |

Danach wären 15 775 174 bürgerliche Stimmen abgegeben worden gegen 13 298 705 sozialistische. Wahrscheinlich wird eine genauere Aufstellung die Ziffern auf beiden Seiten noch etwas erhöhen, ohne jedoch am Kräfteverhältnis im ganzen etwas zu ändern.

Nach den vorläufigen Feststellungen der Wahlkommissare in 35 von 36 Wahlkreisen haben an Eigen erhalten:

|   |     |
|---|-----|
| Die Deutschnationale Volkspartei                        | 40  |
| Die Deutsche Volkspartei                                | 17  |
| Die Christliche Volkspartei                             | 61  |
| Die Deutsche demokratische Partei                       | 71  |
| Die Sozialdemokratische Partei                          | 163 |
| Die Unabhängige sozialdemokratische Partei              | 22  |
| Die Bayerische Volkspartei                              | 18  |
| Die Bayerische Mittelpartei und nationalliberale Partei | 1   |
| Die Deutsche Volkspartei in Bayern                      | 4   |
| Der bayerische Bauernbund                               | 4   |

|   |            |
|---|------------|
| Die württembergische Bürgerpartei und der württembergische Bauern- und Weinärtnerbund | 9          |
| Die katholische Volkspartei (Cppln)   | 8          |
| Die schleswig-holsteinische Bauern- und Landarbeiterdemokratie                        | 1          |
| Der braunschweigische Landeswahlverband   | 1          |
| Die Deutsch-Hannoversche Partei   | 4          |
| <b>zusammen</b>   | <b>415</b> |

Die Wahlhandlung hat sich fast überall in ruhigen Bahnen bewegt. Der Demonstrationseifer, der sich vor einigen Wochen so stark bemerkbar machte, ist bereits erheblich abgeklaut.

Andererseits steht es mit dem Streikfever, das anscheinend gerade solche Arbeiterkreise erfasst hat, die bislang der gewerkschaftlichen Organisation fern standen. Es wird Aufgabe unserer Vertrauenspersonen und Funktionäre sein, hier Wandel zu schaffen und auf die Unsinnigkeit hinzuweisen, in jetziger Zeit öffentliche Betriebe lahmzulegen. Man könnte fast den Eindruck gewinnen, als wollten die früher zurückhaltenden ängstlichen Arbeiter nun auch einmal zeigen, daß sie zum Streifen bereit sind. Leider wird dabei vergessen, daß unsere innere Lage solche schweren wirtschaftlichen Erschütterungen nicht dauernd ertragen kann und unfehlbar dem Ruin entgegengeht, wenn das nur noch einige Wochen so bleibt!

Die Arbeiterräte haben leider alles versäumt, hier pflichtgemäß zu handeln. Sie sind in der Presse viel angegriffen worden und nicht immer mit Recht. Hier hätten sie Gelegenheit gehabt zu beweisen, daß sie weder überflüssig noch volkswirtschaftlich schädlich sind. Statt dessen sind in vielen Fällen die Arbeiterräte ohne Bedenken auf die andauernden Streik- und Demonstrationsgelüste der Arbeiter eingegangen und haben sich sogar zum Fürsprecher dafür gemacht.

Es ist kaum wieder gut zu machen, was in den letzten Wochen besonders in Bergbau und Verkehrswesen in dieser Beziehung gesündigt wurde.

Der Ausgang der Nationalwahlen läßt uns immerhin hoffen, daß das Wirtschaftsgetriebe bald wieder ins Rollen kommt. Gegenwärtig stockt fast alles und wenn wir nicht ganz energische Maßnahmen der Regierung in den nächsten Tagen bekommen, so müssen die breiten Volksmassen unter der Unvernunft einzelner Arbeiterkategorien schwer leiden.

Die Arbeitslosenfürsorge, so gut sie gemeint war, hat ohne die Arbeitspflicht zu ähnlich unerfreulichen Erscheinungen geführt. Auch hier muß die Regierung ganz neue Grundsätze gestalten, die jedem, der nicht arbeiten will, unweigerlich die Unterstützung entzieht! Das haben die Gewerkschaften stets getan. So hätte man von ihnen lernen können.

Alles in allem bleibt die Hoffnung, daß nun, da das deutsche Volk in seinem Votum sich für einen neuen demokratisch-sozialdemokratischen Staat ausgesprochen hat, ein freischerer Zug durch den sieben Volkskörper geht.

Unsere Gegner freilich lassen uns seit bald 3 Monaten ruhig weiter hungern! Wilson reist seit Wochen in England, Italien und Frankreich herum, ohne darauf zu drängen, daß man endlich ernst mache mit seinen berühmten 14 Punkten, die wir bekanntlich als Friedensbasis angenommen haben.

Wie eine Fata Morgana schweben sie vor uns, ohne daß irgendwelche Anlässe die Erfüllung verheißen. In wenig Wochen wird sich die Nahrungsmittelknappheit noch entschiedener bemerkbar machen.

Wollen die Arbeiter mitschuldig werden am Zusammenbruch des deutschen Volkes?

Es gibt nur einen Ausweg, den fordert auch der

Sozialismus jeder Richtung: Werte schaffende Arbeit!

Wer jetzt, da die Wählerchaft sich unzweideutig für die soziale Republik ausgesprochen hat, nicht selber mit Hand anlegt durch unerschrockenes Festhalten an unsern Aufgaben und Pflichten, der ist weder Sozialist noch gewerkschaftlich genügend aufgeklärt. Auf ihn fällt ein erheblicher Teil der Verantwortung beim bevorstehenden Wirtschaftszusammenbruch!

Doch wir wollen nicht schwärzer malen, als es die Verhältnisse ohnehin schon sind. Vielleicht vermag der Ausgang der Nationalwahlen die Agonie des deutschen Volkstörpers aufzuheben und ihn wieder etwas beleben. In jedem Fall haben die klassenbewußten Arbeiter jetzt mehr denn

je Veranlassung, sich um das politische und wirtschaftliche Leben zu kümmern. Es muß nicht unbedingt jeder dieselbe politische Meinung haben, aber eine bestimmte politische Anschauung muß jetzt jeder Staatsbürger besitzen, und Staatsbürger sind wir jetzt alle!

Daß unsere Wahlbetrachtungen zu so pessimistischen Ermüdungen führten, ist nicht unsere Schuld. Wir sind dazu da, um auch die unangenehmen Wahrheiten unsern Kollegen sagen zu müssen.

Möge sich der dunkle Horizont wider Erwarten doch noch klären und wir bald Frieden und wirtschaftlichen Aufstieg erleben.

Durch rastlose Organisations- und Aufklärungsarbeit können wir diese Aussichten am besten fundamentieren!

Unser Verband am Schlusse des 53. Kriegsmonats.

(Nach dem Stande vom 1. Januar 1919.)

Im Dezember erhöhte sich unsere Mitgliederzahl auf 86 995! Davon sind 63 755 männliche und 23 240 weibliche. Unser Gesamtzuwachs beträgt nun 50 008 Mitglieder, und von diesen stehen noch 15 489 im Heere. Dabei erscheinen diesmal eine Anzahl großer Filialen (u. a. Hamburg) teils wegen Behebung des betreffenden Gebiets, teils wegen politischer oder anderer Ursachen in der diesmaligen Statistik mit den alten Ziffern. In Wirklichkeit wird sich also das Bild noch wesentlich günstiger gestalten, so daß gegenwärtig 100 000 Mitglieder erreicht sind.

Der Kriegszustand hat auch im verfloffenen Monat wieder 48 Kollegen aus unseren Reihen gerissen. Wir haben nun 2887 Kollegen verloren. Dagegen ist die Zahl der Frauen der Kriegsteilnehmer um 6286 und die der Kinder um 13 795 zurückgegangen. Eine Steigerung ist bei den Arbeitslosen eingetreten. Es sind diesmal 386 gegen 161 im November. Die Arbeitslosenunterstützung erforderte 1648,50 RM. (368,95 RM. im Dezember). Die Krankenunterstützung beträgt 18 913,85 RM. (8664,84 RM. weniger als im Vormonat). Die Sterbeunterstützung fiel auf 8290 RM. (3119,50 RM. weniger). Die Gesamtunterstützungssumme betrug 28 852,15 RM. Es sind dies 8819,79 RM. weniger wie im Vormonat. Auch hier sind Angaben über Zahlungen infolge der mangelnden Berichterstattung ausgeblieben, so daß die tatsächlich verausgabte Summe sich höher stellt. Wir hoffen, daß bei der nächsten Aufstellung die Schwierigkeiten überwunden sind und die Filialen sich einer raschen Berichterstattung befleißigen.

Im folgenden die Tabellen:

Table with columns: Aufnahmezeit, Mitgliederbestand, Neuaufnahmen, Mitgliederabnahme, Angehörige der Eingezogenen, and Beiträge. Rows list dates from July 1914 to January 1919.

Stand unserer Organisation am 1. Januar 1919.

Large table showing organizational status by region (e.g., Berlin, Brandenburg, Bremen) with columns for membership counts and support amounts as of January 1, 1919.

### Monatsbericht vom Krieg

Unser heutiger Schlussbericht erstreckt sich auf fast 8 Monate. Große Ereignisse haben sich inzwischen vollzogen. Auf Träumen von sozialdemokratischer Seite hatte der deutsche Kaiser am 27. September dem deutschen Volke eine parlamentarische Regierung zugesagt, die Anfang Oktober gebildet wurde. Ihr traten die ersten Sozialdemokraten (Scheidemann, Bauer, Robert Schmidt, Dr. David) bei. Trotz aller sofort in Angriff genommenen Reformen konnte sie sich nicht lange halten. Die in den ersten Novembertagen einsetzende Revolution legte sie sofort wieder hinweg und mit ihr auch den Kaiser, der am 9. November für sich und den Kronprinzen auf die deutsche Kaiser- und preussische Königstrone verzichtete. Nach wenigen Tagen dankten auch alle übrigen deutschen Bundesfürsten mit ihren konservativen, liberalen und liberalen Ministern ab und machten überall sozialdemokratischen Regierungen Platz. An die Spitze des Reiches trat ein Sechsmänner-Kollegium: die Sozialdemokraten Ebert, Scheidemann, Dr. Landsberg und die Unabhängigen Sozialisten Haase, Tilmann, Berth. Die Kämpfe im Westen bestanden bis zum 11. November nur noch in Rückzugsgefechten.

Zwei Tage nach dem Umsturz in Deutschland wurde der Waffenstillstand mit der Entente und Amerika perfekt unter den bekanntesten ungeheuerlichen Bedingungen.

In furchtbaren Gewaltmärschen mußte das Westheer zurückgeführt werden, weil die Eisenbahnen vollaus zu tun hatten mit der Rückführung des Materials und der Lazarette. Nur dem günstigen Wetter ist es zu danken, daß die Westtruppen vor einer Katastrophe verschont blieben. Schlimmer erging es den Truppen im Osten. Die aus Rumänien zurückstretende Armee Madensens ist zum größten Teil in Ungarn von den Franzosen interniert worden. In der Ukraine, in Rußland und Polen befinden sich noch Tausende deutscher Truppen. Darunter auch unser Kollege Stumpf-Wannheim. Infolge des herrschenden Wagen- und Lokomotivmangels, der Unruhen der Polen usw. steht ihre Rückführung auf immer größere Schwierigkeiten, zumal jetzt die Entente Deutschland auch noch für den Schaden haftbar machen will, den die nachrückenden Bolschewiki anrichten.

Inzwischen haben die Franzosen Elsaß-Lothringen, den größten Teil der Pfalz und den Prüderloß Mainz, die Engländer und Amerikaner den linksrheinischen Teil der Rheinprovinz mit den Prüderloß, Bingen und Koblenz besetzt. Sie üben ihre Macht nicht nur auf Grund des Waffenstillstandsvertrages, sondern noch durch verstärkte Auslegungen, besonders des Völkervertrages, aus. Die von der deutschen Waffenstillstandskommission dagegen erhobenen Proteste bringen nur in den wenigsten Fällen Erleichterung. Besonders drückend ist die französische Herrschaft. Sie betrachtet Elsaß-Lothringen bereits als französisches Land, wozu sie, länderhungrig wie sie ist, auch den preussischen Kreis Saarbrücken rechnet. Alle altdeutschen Verwaltungsbeamten und Hochschullehrer sind aus ihren Ämtern gejagt worden. Wer nicht Franzose oder eingeborener Elsaß-Lothringer ist, wird aus dem Lande vertrieben oder zur Sklavenarbeit in das vom Kriege zerstörte Frankreich und Belgien verschleppt. Nur mit großer Mühe gelang es unserem Kollegen Buxfer-Strasbourg kürzlich davonzukommen. Seine Familie ist noch in Strasbourg festgehalten. Das ganze von den Franzosen besetzte Gebiet (auch die Rheinpfalz, Mainz, Wiesbaden, Worms usw.) sind von jeglichem Verkehr mit dem übrigen Deutschland abgeperrt. Hier herrscht der Franzose im brutalsten Siegerübermut. Inzwischen wird über den neuen Waffenstillstandsvertrag verhandelt, wozu Marichall noch weitere ungeheure Forderungen auf Abgabe von landwirtschaftlichen Maschinen bzw. Eisenbahnmateriale stellt. Wäre es den deutschen Unterhändlern gelungen, das Schwimmgelände zu verhitzen, die anfangs fast unblutig verlaufene Revolution hat inzwischen leider noch weitere Opfer gefordert. Am 6. Dezember kam es in der Chauvestrasse in Berlin zu einem Zusammenstoß zwischen Militär und Spartakisten, wobei es Tote und Verwundete gab. Am 23. und 24. Dezember entbrannte ein heftiger Kampf um das Schloss und dem Marzfall, wo Matrosen den Stadtkommandanten Wels gefangen hielten. In Bosen und Danzig gab es Kämpfe zwischen Polen und Deutschen. Bosen ist zurzeit vollständig in den Händen der Polen. Streiks der unermüdeten Art, namentlich im Bergbau, sind dauernd an der Tagesordnung und drohen unser total krankes Wirtschaftslieben vollends zu vernichten. So schloß das alte Jahr. Das neue brachte fast noch schlimmere Dinge. Durch einen Futsch fielen am 6. Januar in Berlin die großen Buchdruckerunternehmen Vorwärts, Rote, Illustrierte und Wagners sowie Wolffs Zeitungsverlag Bureau in die Hände der Spartakisten. Eine Woche lang konnten

wegen dieser „Freiheitshelden“ nicht nur die liberalen Blätter wie „Berliner Tageblatt“, „Berliner Volkszeitung“, „Bosische Zeitung“, „Morgenpost“ usw. nicht erscheinen, sondern auch das geleseste sozialdemokratische Blatt, der „Vorwärts“. Wie zum Oohn erschienen aber reaktionäre Blätter wie „Deutsche Tageszeitung“, „Post“, „Tägliche Rundschau“, „Reichsbote“ usw. von Spartakusgnaden weiter. In den Straßen Berlins herrschte der wütheste Terror. Handgranaten und Maschinengewehre, von Spartakustruppen bedient, regierten in Berlin. Allehand Gesindel schloß sich dieser Bewegung an, raubte und stahl nach Herzenslust. Endlich wurden die Deudereiunternehmungen und das Polizeipräsidium durch Militär entsezt. Der unabhängige Polizeipräsident Eichhorn, der, anstatt für Ruhe und Ordnung in Berlin zu sorgen, sein Amt dazu mißbraucht hatte, dem Spartakisten noch die Waffen zu liefern, floh. Eine große Zahl Toter und Verwundeter war schließlich der Endersolg dieser Krawalle und Rausche. Durch einen weiteren Handstreich suchte sich Spartakus zunächst des Kriegsministeriums und dann der Regierung zu bemächtigen. Am 6. Januar erschien vor dem Kriegsministerium ein Trupp von 300 Mann, um das Kriegsministerium zu besetzen. Dem amiesenden Leutnant Gumburger hielt der Führer des Trupps das folgende Schriftstück unter die Nase, das der „Vorwärts“ später photographisch wiedergab: „Kameraden! Arbeiter! Die Regierung Ebert-Scheidemann hat sich unmöglich gemacht. Sie ist von dem unterzeichneten Revolutionsausschuß der Vertretung der revolutionären sozialistischen Arbeiter und Soldaten (Unabhängige sozialdemokratische Partei und kommunistische Partei) für abgesetzt erklärt. Der unterzeichnete Revolutionsausschuß hat die Regierungsgeschäfte vorläufig übernommen. Kameraden! Arbeiter! Schließt Euch den Maßnahmen des Revolutionsausschußes an. Berlin, den 6. Januar 1919. Der Revolutionsausschuß: A. V. Ledebour, Lieblincht, Scholze.“

Krawalle ähnlicher Art wie in Berlin spielten sich in Hamburg, Bremen, Braunschweig, Düsseldorf, Dresden, Leipzig usw. ab. In München wurde ein konterrevolutionärer Futsch noch rechtzeitig entdeckt und vereitelt.

Am 15. Januar durchlief eine neue Schreckenstunde Berlin. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg waren am Abend vorher verhaftet worden. Bei ihrem Transport nach Moabit wurde Frau Luxemburg trotz militärischem Schutz im Automobil vom Pöbel überfallen, erschossen und die Leiche verbleibt. Karl Liebknecht soll von den ihn transportierenden Soldaten erschossen worden sein, weil er flüchtete. Nicht in diese mythische Affäre wird hoffentlich die von der Regierung angeordnete strenge Untersuchung bringen.

Der Streit um die Nationalversammlung (Völkerrische und Mehrheitssozialisten für sofortige Einberufung, Unabhängige für mögliche hinauschiebung, Spartakus Gegner der Nationalversammlung) hat durch den Kontrah der Arbeiter- und Soldatenräte (16. bis 20. Dezember) seinen vorläufigen Abschluß gefunden. Die Wahlen fanden am 19. Januar statt. Das Wahlergebnis ist an anderer Stelle nachzulesen. Aufgabe der Nationalversammlung wird es sein, eine feste Grundlage zu schaffen, das Verfassungsleben auf eine feste Grundlage zu stellen und dem deutschen Volke Frieden, Brot und geordnete Wirtschaft zu bringen.

Wenn wir mit vorstehendem Schlussbericht unserer Pflicht als Chronisten gern nachkommen sind, um auch für spätere Zeiten die Widerspiegelung dieser Vorgänge festzuhalten, so sind wir doch froh, daß keine „Kriegsgerichte“ mehr notwendig sind. Außer Kollegen Stumpf steht nur noch Kollege Meister-Magdeburg draußen im Osten, während alle übrigen Angestellten unseres Verbandes wohlbehalten wieder angelangt sind und bereits rege arbeiten für den Verband. Von unserer Gesamtkollegenchaft aber stehen noch viele Tausende draußen! Mögen sie recht bald heimkehren zur notwendigen Friedensarbeit!

### Aus unserer Bewegung

Berlin. Zum Streit der städtischen Elektrizitätsarbeiter schreibt uns die Berliner Lidberverwaltung: Die Elektrizitätsarbeiter hatten an die Stadtverwaltung Lohnforderungen gestellt, über die in mehreren Verhandlungen keine Einigung erzielt werden konnte. Wie die Tagespresse berichtete, hatten beide Teile sich bereit erklärt, das Einigungsamt des Berliner Gewerbeerichts anzurufen. In letzter Stunde sollen die Arbeiter ihren Entschluß, vor dem Einigungsamt zu erscheinen, wieder umgesehen und auf sofortige restlose Erfüllung ihrer Forderungen gedrungen haben. Diefem Verlangen konnte der Magistrat nicht mehr nachkommen und es kam zum Streik, der Berlin circa 24 Stunden lang stromlos machte.

Das das zu bedeuten hat, darüber brauchen wir an dieser Stelle kein Wort zu verlieren. Wir bedauern nur, daß unsere Organisation über diese Vorgänge nicht unterrichtet wurde, wie sich das wohl gehört hätte! Immerhin, nachträglich läßt sich an dem Geschehenen nichts mehr ändern. Wir sprechen daher die Hoffnung aus, daß zukünftig die Einrichtungen, die wir planen (Tarifvertrag, Schlichtungsausschuß usw.), unseren Kollegen in den städtischen Elektrizitätswerken zu ihrem Recht verhelfen werden, ohne daß solche schwere volkswirtschaftliche Schädigungen, die von der Schamacherpresse mit Bier ausgeplachtet werden, auch gegen die berechtigtesten Arbeiterforderungen wieder vorzukommen brauchen. Es wurde eine vorläufige Regelung der Löhne erzielt, die bis zum Abschluß des Tarifvertrages, längstens aber bis zum 15. April d. J. Geltung haben soll. Es sollen an Stundenlohn erhalten: Facharbeiter 2,50 Mk., nach einem Jahre 2,65 Mk., Maschinenisten und Heizer 2,30 bzw. 2,45 Mk., ungelernete Arbeiter 2,10 bzw. 2,25 Mk., weibliche und jugendliche Arbeiter 1,65 bzw. 1,85 Mk. Soweit bessere Arbeitsbedingungen schon bestanden, bleiben sie weiter bestehen.

**Berlin.** Am 17. Januar fand eine stark besuchte Versammlung der städtischen Bauarbeiter statt, in der u. a. die Verhältnisse im Betriebe der Bauverwaltung zur Sprache kamen. Von den Versammlungsteilnehmern wurde einstimmig der Ansicht Ausdruck gegeben, daß auch von der Betriebsleitung des städt. Bauamtes geordert werden müsse, sich den Verhältnissen der Neuzeit umgehend anzupassen. Die Arbeiter sind des öfteren gezwungen worden, nach ihrer Arbeitszeit den Wächter zu vertreten, ohne für diese Tätigkeit eine besondere Vergütung zu erhalten. Ferner wurde ausgeführt, daß die sogenannte Konjunkturzulage, trotzdem diese doch als ein Teil des Verdienstes zu betrachten ist, stets unpünktlich ausgezahlt werde. Beispielsweise war genannte Zulage für Dezember am 17. d. M. noch nicht ausgezahlt. Von den Kriegsteilnehmern wurden berechtigte Klagen erhoben darüber, daß ihnen bisher weder der Betrag der ersten, noch der der zweiten einmaligen Teuerungszulage ausgezahlt wurde. Nach Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in den städtischen Betrieben wurde den Bauarbeitern von der Betriebsleitung erklärt, daß sie nur 7 1/2 Stunden täglich zu arbeiten hätten. Die Arbeiter, in der Meinung, es handle sich bei der Verkürzung der Arbeitszeit um eine besondere Vergünstigung, waren damit einverstanden, zumal bei Verkürzung dieser Maßnahme von einer Lohnkürzung nichts erwähnt wurde. Bei der nächsten Lohnzahlung jedoch haben sich die Arbeiter in ihren Erwartungen bitter enttäuscht, denn es wurde ihnen der Betrag für die halbe Stunde vom Lohn abgezogen. Als die Arbeiter den Buchhalter Herrn Weber darauf aufmerksam machten, wurde ihnen erklärt, daß nur für tatsächlich geleistete Arbeit Lohn gezahlt werde. Diese Antwort genüge aber den Arbeitern keinesfalls. Vielemehr forderten sie mit Recht Zahlung des vollen Lohnes mit dem Bemerkten, daß eine Lohnkürzung bei den hohen Lebensmittelpreisen und den niedrigen Lohnsätzen nicht zu ertragen sei. Nunmehr verfügte die Betriebsleitung die achtstündige Arbeitszeit und somit wird auch wieder der volle Lohn gezahlt. Inzwischen ist die Angelegenheit damit noch nicht erledigt, denn die Arbeiter fordern Nachzahlung des ihnen zu Unrecht entzogenen Lohnes.

**Darmstadt.** In der von 400 städtischen Arbeitern besuchten Versammlung am 20. Januar teilte Kollege Klöck mit, daß der hiesige städtische Arbeiterverein sich auflöse und dem Gemeindefacharbeiterverband beitrete. (Lebhaftes Bravo!) Vauleiter Weder-Kamneheim erhielt dann das Wort, um den Tarifvertrag näher zu behandeln, der jetzt eingereicht wird. Im allgemeinen enthält er Forderungen, die wir schon viele Jahre lang erhoben. Das Hauptinteresse erweckte die Lohnforderung darin. Es wird verlangt: Gruppe 1 (Hauptarbeiter) 84 Mk. Anfangslohn, 98 Mk. Endlohn nach 5 Jahren; Gruppe 2 (gelernte Arbeiter) 78 bzw. 90 Mk.; Gruppe 3 (ungelernte Arbeiter) 72 bzw. 84 Mk.; Gruppe 4 (Tagelöhner, Hilfsarbeiter) 66 bzw. 78 Mk.; Gruppe 5 (Frauen) 54 bzw. 60 Mk. Die seitherigen Teuerungszulagen und Familienzulagen fallen dann hinweg. Redner glaubt, diese Sätze seien keine Phantastieforderungen, wie sie in anderen Städten leider gestellt wurden, und deren Befolgen zweifelhaft sei. Aber das müsse er einfügen, auf keinen Fall lassen wir an unserer Forderung bei der Verhandlung etwas ab, sondern, soweit bin ich mit dem Vorstand und den Eheleuten einig, dann muß die Arbeit niedergelegt werden. (Stürmischer Beifall.) Seien Sie sich dann eines Schrittes von solcher Tragweite bewußt, aber hoffen wir auf Erledigung in friedlicher Bahn und halten Sie fest an unserer gerechten Sache, dann gehört der Sieg uns. (Lebhaftes Bravo! und Handklatschen.) In der Diskussion sprachen die Kollegen Eichmüller, Freber, Opalka, Dillisch, die alle dem Referenten zustimmten. Der zweite Vorsitzende gab noch bekannt, daß wir bereits 800 Mitglieder erreicht haben und der letzte Mann noch herangeholt werden müsse. Nach dem Schlusswort des Referenten fand die Versammlung die 10 Neuaufnahmen brachte, ihr Ende. — Eine Teilerfassung für die Sozialdemokratische Partei erbrachte rund 78 Mk.

**Darmstadt.** (Setzlin Deap.) Am 19. Januar hielt das Jahreshauptpersonal und die Arbeiterschaft der Hessischen Eisenbahn-Aktien-Gesellschaft eine stark besuchte Betriebsversammlung ab. Vorsitzender

Wedel gab einige Betriebsmitteilungen bekannt. Kollege Wedel-Kamneheim erläuterte dann unsere Forderungen im Lohnsachen, die sich in denselben Bahnen bewegen wie für die städtischen Arbeiter.

**Dessau.** In der stark besuchten Versammlung der städtischen Arbeiter am 21. Januar wurde nach einem Vortrage des Kollegen Wachtendorf einstimmig beschlossen, dem Magistrat einen Tarifvertrag zu unterbreiten. Die Verbandsleitung wurde mit der Ausführung beauftragt. Aus dem Bericht des Vorstandes ging hervor, daß in den letzten Wochen 120 Kollegen sich der Organisation angeschlossen haben. Es fehlen nur noch einige Kollegen an der einheitlichen Organisation. Der Arbeiterausschuß wurde erlucht, sich den Wünschen der Kollegen besser als bisher anzunehmen, zu prüfen und zu vertreten. Klage wurde geführt darüber, daß einigen Arbeitern und Arbeiterinnen bei der letzten Lohnzahlung Mängel gemacht seien. Der Arbeiterausschuß soll dieses näher untersuchen.

**Dortmund.** Eine überfüllte Versammlung der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am 16. Januar 1919 im Gewerkschaftshause. Es wurde Stellung zu der geforderten Lohnerhöhung und zur Gewährung der einmaligen Teuerungszulagen genommen. Kollege Dorn erörterte die Gründe, warum eine einmalige Teuerungszulage gefordert wurde; nicht aus Willkür oder Neid den Beamten und Angestellten gegenüber, sondern als Entschädigung für den die vier Kriegsjahre hindurch zu wenig gezahlten Lohn, vor allem aber auch deshalb, weil durch Veranlassung des jetzigen Stadtrats Genossen Max König im Frühjahr 1918 den Arbeitern und Arbeiterinnen eine einmalige Zulage zu 100% 1918 oder in der Zeit bis Pfingsten vom Magistrat zugesagt wurde. Weiter ging Kollege Horn zur Lohnfrage über. Vereis am 5. Dezember 1918 ist dem Magistrat eine Lohnforderung gegangen, aber bis zum heutigen Tage unbeantwortet geblieben. Horn sprach die Ansicht aus, daß Genosse Voremann als Vorsitzender des sozialen Ausschusses anheimelnd auch nicht mit dem gewünschten Eifer die Sache betrieben habe. Die Löhne selbst bedürfen sofort einer gründlichen Aufbesserung; denn es ist wohl nicht ein einziger Arbeiter der Privatindustrie, der für 5,30 Mk. bis 7 Mk. und etwas darüber arbeitet. Um unsere Forderungen endlich durchzubringen, müssen wir alle uns zu Gebote stehenden Mittel in Anwendung bringen. Hierauf legte Stadtr. Wahl der Anwesenden sachtlich klar, wie schwer es ist, bei der jetzigen Zusammensetzung des Stadtparlaments Lohnforderungen für die städtischen Arbeiter durchzubringen. Schuld daran tragen die Arbeiter zum Teil selbst, weil die meisten von dieser Zusammensetzung des Stadtparlaments beigetragen haben. In der darauffolgenden Diskussion waren sich sämtliche Redner darüber einig, alle Mittel in Bewegung zu setzen, um diese Forderungen durchzubringen zu können. Daß unsere Forderungen gerecht sind, geht schon daraus hervor, daß diese noch weit hinter denen der Privatindustrie zurückbleiben. Folgender Beschluß fand einstimmige Zustimmung: Die heutige in Saale des Gewerkschaftshauses tagende gut besuchte Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen aller städtischen Betriebe protestiert auf das entschiedenste gegen die Verschleppung der gestellten Lohnforderung. Die Versammlung erwartet, daß nunmehr die Löhne so schnell wie möglich im Sinne der Forderungen tariflich geregelt werden, spätestens aber bis 1. Februar 1919. Auch erwartet die Versammlung die Zahlung der einmaligen Teuerungszulage in dem geforderten Betrage auf einmal bis spätestens zum 25. Januar 1919.

**Diel.** Am 20. Januar tagte unsere von 400 Mitgliebrern besuchte Generalversammlung. Kollege Glup erstattete den Jahres- und Kassensbericht. Das verfloßene Jahr erforderte eine umfangreiche Tätigkeit der Geschäftsleitung, die Lohnfrage nahm die größte Zeit in Anspruch. Es wurden zwei Forderungen eingereicht. Das Ergebnis war, ein Teil der Kollegen erhielten dreimal eine einmalige Teuerungszulage von 200-500 Mk., wohingegen ein großer Teil Kollegen leer ausgingen; daß das eine Erregung unter der Arbeiterschaft hervorrief, war ja ganz logisch. Es fand am 23. Dezember eine öffentliche Versammlung aller Arbeiter und Arbeiterinnen der städtischen Betriebe statt, wo folgende Forderungen gestellt wurden: Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Stadt fordern Mindestlöhne von 1,50, 1,35 und 1,20 Mk. pro Stunde ab 1. Januar 1919. Ferner sollen nicht die Arbeiterausschüsse, sondern die in dieser Versammlung gewählte Lohnkommission von 5 Kollegen und der Vertreter der Organisation mit dem Magistrat verhandeln. Am 13. Januar fand die Verhandlung statt. Das Resultat war ein voller Erfolg, ja es wurde noch mehr erreicht, als gefordert wurde, denn alle Arbeiter erhielten eine tägliche Lohnzulage von 2-2,40 Mk. zu den jetzt gezahlten Löhnen, ferner soll der Mindestlohn nicht unter 12, 10, 80, 10, 9, 60 Mk. betragen. Die Frauen erhielten 1 Mk. Zulage pro Tag. Die achtstündige Arbeitszeit ist in allen Betrieben eingeführt. Einzelne Betriebe haben ungeteilt, andere wieder geteilt Arbeitzeit. — Die Revolution hat auch uns bei der Agitation gute Dienste geleistet; ist es doch jetzt endlich, nach jahrelanger, erfolgloser Arbeit, gelungen, bei dem Personal der Krankenhäuser und Staatskliniken vollen Erfolg zu erzielen. Mit Genugtuung können wir ein Resultat feststellen, wie folgt: Das städtische Krankenhauspersonal sowie das gesamte Personal der Kliniken und Institute der Universität in einer Gesamtzahl von circa 200 Kollegen und Kolleginnen

sind unserer Sektion der Pfleger und Pflegerinnen angeschlossen, ferner die städtischen Volkshäuser, die Marinelaigarette. Mit der Garnison-Waschanstalt ist eine Vereinbarung über Anerkennung der Organisation abgeschlossen. Teilweise sind schon die Lohn- und Arbeitsregelungen vorgenommen, teilweise finden noch Verhandlungen statt. Wir können wohl sagen, daß wir in unserer Agitation einen vollen Erfolg zu verzeichnen haben, wollen aber nicht verkennen, daß noch viel Arbeit zu leisten ist, um die neuen Kollegen und Kolleginnen zu wirklich aufgelisteten Mitgliedern zu erziehen. Das trifft namentlich bei dem Personal der Krankenhäuser zu, weil die bisher ja unter der Gefindeordnung standen, und was das bedeutet, wird wohl jeder wissen. — Der Massenbericht ergab auch ein gutes Resultat. An Einnahmen waren zur das 4. Quartal 15 082,77 Mk. zu verzeichnen. Die Ausgabe der Filiale betrug 2108,87 Mk. Die Ausgaben für die Hauptkasse: Sterbegeld 575 Mk., Krankenunterstützung 1306,50 Mk., Arbeitslosenunterstützung 30 Mk. In der ganzen an die Hauptkasse 4030,58 Mk. Es bleibt ein Filialkassenbestand von 7033,02 Mk. Der Mitgliederbestand stieg von 525 auf 1382 bis zum 1. Januar 1919. Die Jahresabrechnung ist wie folgt: Einnahme mit Kassenbestand: 28 563,86 Mk., Ausgabe der Filiale: 5475,44 Mk., an die Hauptkasse gesandt: 14 336,40 Mk., bleibt Kassenbestand: 7033,02 Mk. Auch hier können wir eine Zunahme konstatieren. Der Verammlung wurde empfohlen, den Vorkurszuschlag für männliche Mitglieder von 10 Pf. auf 20 Pf. zu erhöhen und von weiblichen Mitgliedern einen Vorkurszuschlag von 10 Pf. ab 1. Februar zu erheben. — Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab: 1. Vorsitzender: Johannes Dollmann, 2. Vorsitzender: Heinrich Warmeg, 1. Kassierer: Axel Blup, 2. Kassierer: Heinrich Hüber, 1. Schriftführer: Friedrich Richter.

**Rönigsberg.** Am 17. Januar fand im Metropoltheater die Generalversammlung statt. Kollege Schwarz gab den Geschäftsbericht. Die Abrechnung des 4. Quartals ergab eine Gesamtsumme einschließlich Wasserbeitrag von 11 282,97 Mk. Die Gesamtausgaben der Filialkassen beliefen sich auf 2302,78 Mk. Im Auftrag der Hauptkasse wurden gezahlt: Sterbeunterstützung 525 Mk., Krankenunterstützung 1289,75 Mk., Arbeitslosenunterstützung 43,50 Mk. Insgesamt 1868,25 Mk. An die Hauptkassen wurden in bar gesandt 3709,53 Mk., bleibt in der Filialkassen ein Bestand von 8652,41 Mk. — In den Filialvorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender Kollege Schwarz, 2. Vorsitzender Kollege Fritt, Kassierer Kollege Zimmermann, 2. Kassierer Kollege Schröder, 1. Schriftführer Kollege Lehmann, 2. Schriftführer Kollege Jungbahn. Es ist jeder Betrieb durch ein Mitglied im Vorstand vertreten. Kollege Wittich stellte den Antrag, daß eine Volkshausgesellschaft gewählt wird. Kollege Buil erklärte, daß er und Kollege Lehmann gerichtlich als Vertreter des Kapitals des Verbandes in der Volkshausgesellschaft eingetragen sind. Auf Antrag des Kollegen Fiebert, dem Kollege Stamer widersprach, wurden die Vertrauensleute der Betriebe ebenfalls in der Versammlung gewählt. Kollege Fiebert stellte den Antrag, daß ein Komitee zur Aufnahme der Anträge im Verbandsbureau gewählt wird. Auf Vorschlag des Kollegen Stamer wurde der Filialvorstand damit beauftragt. Dann gab Kollege Stamer noch bekannt, daß die Gasanstalt durch ein Militärkommando besetzt sei. Bei der Anfrage an die maßgebenden Stellen stellte es sich heraus, daß niemand wußte, wie und auf weissen Anordnung die Soldaten dorthin kamen. Kollege Kaiser verlangte, daß wegen der einmaligen Entschuldigungsfrage für die beimgekehrten Krieger nochmals eine Eingabe an den Magistrat gemacht wird. Kollege Gebien verlangte dasselbe für die vorübergehend Angestellten. Kollege Stamer antwortete, daß diese Forderung nochmals bei den Tarifverhandlungen gestellt werden wird. Die Anstellungskommission verlangt von der Versammlung eine Vollmacht zur Anstellung eines Ortsbeamten, die auch gewährt wurde.

**Jahr i. B.** Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter waren Gegenstand der Preisrechnung einer Karl besuchenden Versammlung. Nach einem Referat des Kollegen Bürker-Stuttgart wurde folgende Resolution beschloffen: „Die am 17. Januar tagende, äußerst zahlreich besuchte Versammlung des Gewerbe- und Staatsarbeiterverbandes erklärt sich mit dem von den Vertrauensleuten ausgearbeiteten Tarifentwurf einverstanden und erklärt gleichzeitig, daß dies das mindeste ist, was den heutigen Betriebsverhältnissen entsprechend zum Lebensunterhalt absolut notwendig ist, und beauftragt daher die Gew.- bzw. Ortsverwaltung, die zu ihrer Durchführung erforderlichen Schritte zu tun. Sie erbidet im Gewerbe- und Staatsarbeiterverband ihre einzige rechtmäßige Vertretung und vertritt alles zu tun, um auch noch die wenigen abseits lebenden Arbeiter dem Verbands zuzuführen. Ebenso beauftragt sie die Ortsverwaltung, die Stadtverwaltung zu ersuchen, Termin zur Wahl eines Arbeiterausschusses anzuweisen.“ — In seiner Schlussansprache konnte der Vorsitzende Siebert die erfreuliche Mitteilung machen, daß das erste Hundert an Mitgliedern erreicht ist. Mit dem Punkte, auch fernerhin so zahlreich zu erscheinen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Sehewohl!** Hier hatten die Gemeindeführer am 30. Dezember 1918 eine recht notwendige Aufbesserung ihrer Löhne verlangt. Lange hat sich die Gemeindeführung dagegen gestäubt,

den Wünschen der Arbeiterschaft entgegenzukommen, so daß bei diesen die Stimmung eine recht erregte ist. Am 23. Januar fanden nun wiederum Verhandlungen der beiderseitigen Vertreter statt, die folgendes Resultat ergaben: Für das laufende Quartal sollen erhalten: Handwerker 2 Mk., Feuerwehrleute 1,70 Mk., Arbeiter 1,50 Mk., vermindert Arbeitsfähige 1,20 Mk., Frauen 1 Mk. und Wollwäcker und Begleiter 1,76 Mk. pro Stunde. Ueberstunden werden mit 25 Proz. Nacht- und Sonntagüberstunden mit 50 Proz. bezahlt. Die Leichenräger erhalten für dieses Quartal 76 Mk. Ackerlohn. Ferner sollen die Kinderzulage beibehalten werden. Die Arbeiterschaft nahm in einer stark besuchten Versammlung am 24. Januar zu diesen Vereinbarungen Stellung. Nach einem Referat des Kollegen Kuppert, der als Verbandsvertreter an den Verhandlungen teilgenommen hatte, nahmen die Versammelten eine Entschließung an, wonach sie sich mit den Vereinbarungen einverstanden erklärten und die baldige Zustimmung der Gemeindeführung verlangten. Diese hat nun das Wort. Offiziell, entscheidet sie rasch.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Die Ausschaltung der Gewerkschaften in der Revolution und ihre Folgen behandelt der Vorsitzende des Puchhändlerverbandes in Nr. 1 der „Soz. Monatshefte“. Wir haben uns zu dieser Frage bereits in unsem „Ausblick“ (Nr. 2 „Gew.“) geäußert, halten aber die Ausführungen Michs für wertvoll genug, um sie hier in der Hauptsache abzufragen:

„Nach dem Ausbruch der Revolution suchte der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat die Gewerkschaften dadurch auszuschalten, daß er den von ihm vorgeschriebenen Betriebsräten Aufgaben zuwies, die eigentlich den Gewerkschaften zukommen, und deren Eingreifen erst für den Fall anordnete, daß die Betriebsräte am Ende ihres Rates waren. Im Rahmen solcher Anschauungen bewegten sich auch die Ausführungen des Volksbeauftragten Parth auf dem Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte; er sprach dort von dem alten Trotz der Gewerkschaftsführer, denen man am liebsten in Arbeiterteifen die Anoden entgegenwühlte. Wie sehr Parth mit seiner Verabiegung der Gewerkschaften der Arbeiterschaft geschadet hat, geht am besten daraus hervor, daß er selbst sich schließlich genötigt sah, gegen unfinnige Exzesse, die die Revolution zu einer großen Lohnbewegung verderblicher Art machten, vom Vordring zu geben. Dafür wurde er dann von seinen eigenen Gefinnungsgenossen als Verräter abrandmarkt. Da waren doch die Unabängigen vom Anfang der neunziger Jahre ganz anders; sie erkannten den Gewerkschaften eine wichtige Rolle im Produktionsprozeß zu. Auch der Rechtsparter kann man aber den Vorwurf nicht ersparen, nicht genügend die alte Massenbewegung mit den Gewerkschaften gewahrt und sie gegen die vielen unterdrückten Angriffe im Schutz genommen zu haben. Wo bleiben indessen die Gewerkschaften selbst in der Revolution? Wohl haben sie mit den Unternahmerverbänden wichtige Vereinbarungen getroffen, die die Rechte der Arbeiter bei der Festlegung der Arbeitsbedingungen weitgehend sicherstellen. Allein ihr Einfluß auf eine vernünftige Gestaltung der revolutionären wirtschaftlichen Triebkräfte ist doch recht gering geblieben, weil sie den willkürlichen Eingriffen in das Wirtschaftleben, die von allerhand Unberufenen praktiziert wurden, keinen festen Damm entgegensetzten. Wo oft haben wir es früher beklagt, daß in den wirtschaftlichen Unternehmungen des Staats und der Gemeinden Juristen den überwiegenden Einfluß hatten, anstatt daß den Technikern das entscheidende Wort zugesprochen wurde. Und jetzt sehen wir in erhöhtem Maße Jurpolitiker oder, schlimmer, bloße Etagebedner überall den entscheidenden Einfluß ausüben. Das alles aber, obwohl zahlreiche Gewerkschaften an hervorragender Stelle in der Partei und in den Reichsräumen tätig sind. Daß scheint es, als ob deren Partei- und Fraktionsloyalität ihre Verantwortlichkeit als Produzentenvertreter aufhöbe. — Mit Proklamationen, ersten Ermahnungen und Ratsungen, gutgemeinten Ratsschlägen vermag man kein großes Reich zu regieren, wenn dem nicht entsprechende politische Folgen folgen. Das hat die Geschichte der hinter und liegenden Revolutionswochen zu Genüge gezeigt. Noch viel weniger ist damit eine Wirtschaftsordnung aufzubauen, die unter den denkbar ungünstigsten Produktionsbedingungen; Bekämpfung der Rohstoffquellen, Abkündigung des Weltmarktes, Verfalls und Mangel an Lebensmitteln, sich durchsetzen soll. Unreife Sozialisierungsbestrebungen, bei denen man auch nicht im mindesten auf die notwendigen Vorbereitungen zu ihrer Verwirklichung bedacht ist, sind erst recht nicht geeignet, Kräfte in die Scheuern der jungen Republik zu tragen. — Mit Riesenschritten eilt unser Wirtschaftleben dem Abgrund zu. Die Gewerkschaften befinden sich einerseits in der verzweifeltsten Lage, der außerordentlich verteuerten Lebenshaltung Rechnung tragen und darum hohe Löhne fordern zu müssen, obwohl infolge des Kohlenmangels und der ungünstigen Produktionsbedingungen die Arbeitszeit verfürgt ist, sind aber andererseits doch von der Erkenntnis durchdrungen, daß ein Land, das so arm geworden ist wie Deutschland, solche Forderungen auf die Dauer nicht erfüllen könnte, und wenn alle Produktionsmittel bereits vergesellschaftet waren. Dazu stellt noch der wirkliche und wahrhaftige Unterhand bisher unorganisiertes Massen, dem

unkundigen und gewissenlosen Leuten aufgestachelt, wahnwitzige Lohnforderungen, die binnen kurzem zu einem völligen Zusammenbruch unseres ganzen wirtschaftlichen und politischen Lebens führen müssen, und die immer höher werden, je geringeren Widerstand sie finden (weßhalb diejenigen die Hauptschuld an unserem wirtschaftlichen Zusammenbruch tragen, die sich diesen Forderungen nicht entgegenstellen, sie gar aus Schwäche tolerieren, statt die stärksten Maßregeln gegen dies Treiben zu ergreifen). Eine planmäßige Ueberführung der arbeitslosen Massen in die Landwirtschaft, den Bergbau und in andere Produktionsgebiete, in denen Arbeitermangel herrscht, ist dringend und schnellstens notwendig, soll nicht die gesamte städtische Bevölkerung dem Hungertod überantwortet werden. Befehlt die großstädtische Arbeiterschaft nicht selbst hierfür die notwendige Einsicht, so muß die allgemeine Arbeitspflicht einreten, freilich im Verein mit möglichst weitgehenden Fürsorgeeinrichtungen. Freilich sind diese und andere Maßnahmen zur Lösung unserer Volkswirtschaft und zur Ernährung unseres Volkes außerordentlich idiomierische Probleme. So aber von der Verantwortlichkeit dieser Postulate unser ganzes zukünftige Leben abhängt, so müssen wir mit unbeugsamer Energie und unermüdetem Eifer an sie herantreten. Dazu bedarf es des Zusammenwirkens aller Volksteile, insbesondere aber der gemeinsamen Arbeit der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände. Ueber diese Tatsache helfen uns alle revolutionären Kraftphrasen nicht hinweg. Begeht man nun von seiten der sozialdemokratischen Parteien weiter den Fehler, die Gewerkschaften auszuschalten, dann bricht Deutschland vollends zusammen, dann geht mit ihm auch die deutsche Republik in tausend Scherben. Die Gefahr der Gegenrevolution kann durch rohe Gewalt nicht gebannt werden. Unsere junge Republik (die sich darum noch lange nicht sozialistisch nennen darf, weil Sozialdemokraten an ihrer Spitze stehen) ist verloren, wenn ihre Leiter sich unfähig erweisen, für die Freiheit und die Wohlfahrt des ganzen Volkes feste Grundlagen zu schaffen."

• Internationale Rundschau •

**Internationale sozialistische Konferenz.** Bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ging am 7. Januar 1919 folgendes Telegramm Pranting aus Stockholm ein: „Am Auftrage des Exekutivkomitees sozialistisches Bureau wird Partei und Gewerkschaftsentale eingeladen, Delegierte wählen für internationale Konferenz, die in Lausanne spätestens 21. Januar zusammenkommt. Wunschenswert Bureaumitglieder früher kommen. Aluette werden schon 13. Januar da sein. Einladung ebenso ausgedehnt wie zur Stockholmer Konferenz. Beschlüsse beifügliche Delegiertenliste. Bitte diese Einladung veröffentlichen. Vollständigere Einladung hier publiziert wird nachgehandelt. Pranting.“

• Rundschau •

**Heinrich Schönberg †.** Jahrelang von heimtückischer Krankheit gequält, trotzdem unermüdet und kampfesfroh, so wirkte er in und für die Organisation. Sein Name hatte einen guten Klang. Ei von ihm geführte Filiale Hamburg erleidet durch sein Hinscheiden einen großen Verlust. Seine geistige Regsamkeit und Energie ist jedem einzelnen Mitglied fühlbar geworden. In seinem Namen verdörperte sich für viele der Verband. Unumschränktes Vertrauen besaß die Hamburger Mitgliedschaft auf ihrem Schönberg. Nun ist er dahingegangen. Noch nicht 49 Jahre alt. Selbstlos hat er gewirkt und geschafft. Seine Wiege stand in niederem Haus. Eine mecklenburgische Volksschule rüstete ihn zum Lebenskampf aus. Und was ist er geworden? Mit eisernem Fleiß und Wissensdrang hat er mit diesem, ach so erbärmlich geringen Pfund gehudert. Immer zum Vorteil des Ganzen, nie für sich. Eine mehrmonatige Gefängnisstrafe für energische Vertretung der Arbeiterinteressen konnte seine Latkraft nicht lähmen. Er war und blieb ein echter Sohn des Arbeitsvolkes, sein Leben ein rechtes Proletarierleben. Nun ruht er aus. Mitglieder und Mitarbeiter verlieren in ihm einen uneigennütigen Freund, einen geistig hochstehenden Berater und einen mit der Organisation innig verbundenen Verbandskollegen. So wird die Erinnerung an Heinrich Schönberg in uns fortleben 1.

**Einsetzung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung.** Eine Verordnung des Reichsausschusses des Reichsanwalts für wirtschaftliche Demobilisierung vom 4. Januar 1919 verpflichtet den Unternehmer eines gewerblichen Betriebes mit mindestens 20 Arbeitern, diejenigen Kriegsteilnehmer einzustellen, die bei Ausbruch des Krieges in seinem Betrieb als gewerbliche Arbeiter in ungeländigter

Stellung beschäftigt waren und sich binnen zwei Wochen nach Inkrafttreten dieser Verordnung oder binnen zwei Wochen nach ihrer Entlassung oder behelfsmäßigen Entlassung vom Wehrdienst zur Wiederaufnahme bei ihm melden. Die Einstellungspflicht erstreckt sich auch auf solche Kriegsteilnehmer, die zur Zeit des Kriegsausbruchs ihrer Dienstpflicht beim Heere oder der Marine genügen, sowie auf solche, die bei Kriegsausbruch noch vollschulpflichtig waren oder erst später in den Betrieb des Unternehmers eingetreten sind. Die Verordnung gilt für gewerbliche Betriebe im Sinne des Titels VII der Gewerbeordnung, für die Werkstättenbetriebe Eisen- und Kleinbahnen, sowie auf Reichs- und Gemeindebetriebe, die als Gewerbebetrieb anzusehen wären, wenn sie zwecks Gewinnerzielung geführt würden, endlich für landwirtschaftliche Nebenbetriebe gewerblicher Art. Bei Betriebsschwierigkeiten kann der Unternehmer die Arbeiterzahl entsprechend einschränken, wobei eine Wochenarbeitszeit von 30 Stunden als untere Grenze für die Arbeitsleistung eines Arbeiters anzusehen ist. Bei der Auswahl der zu entlassenden Arbeiter sind deren Lebens- und Dienstalter sowie Familienstand zu berücksichtigen. Für die Entlassung kommen in Betracht die nicht auf Erwerb angewiesenen Arbeiter, die in anderen Berufen Arbeit finden können, und die während des Krieges von einem anderen Orte zugezogenen Arbeiter. Jugendliche, im Lehrverhältnis stehende Arbeiter sind tunlichst auf ihren Arbeitsplätzen zu belassen. Bei der Entlassung soll eine Kündigungsfrist von mindestens zwei Wochen innegehalten werden. Die Löhne sind, soweit eine tarifliche Regelung nicht besteht, gemäß der Verordnung vom 23. Dezember 1918 zu regeln. Der in dieser Verordnung vorgesehene Schlichtungsausschuss soll auch über Streitigkeiten entscheiden, die die Entlassung von Kriegsteilnehmern betreffen. Die Demobilisationskommission kann den Schlichtungsausschuss anrufen und wie eine Partei an den Verhandlungen desselben teilnehmen. Er kann, falls sich nicht beide Parteien dem Schiedspruch unterwerfen, den letzteren für verbindlich erklären. Die Verordnung ist mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft getreten. Sie ist im „Reichsanzeiger“ vom 8. Januar 1919 veröffentlicht.

**Neue Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten.** Der Rat der Volksbeauftragten hat am 23. Dezember d. J. durch eine Verordnung das Tarifwesen, die Arbeitervertretung durch Ausschüsse und das Schlichtungswesen gesetzlich geregelt. Die neue Verordnung, die im Reichsarbeitsamt ausgearbeitet und mit dem Tage der Verkündung in Kraft getreten ist, erklärt den Inhalt schriftlich zwischen Vereinigungen der Arbeitnehmer und einzelnen Arbeitgebern oder Vereinigungen von Arbeitgebern abgeschlossener Tarifverträge für alle zwischen den beteiligten Parteien vereinbarte Arbeitsverträge als rechtskräftig. Abweichende Vereinbarungen sind nur wirksam, soweit solche im Tarifvertrag ausdrücklich zugelassen sind oder soweit sie eine Änderung der Arbeitsbedingungen zugunsten des Arbeitnehmers enthalten und nicht ausdrücklich im Tarifvertrag ausgeschlossen sind (§ 1). Das Reichsarbeitsamt kann auf Antrag Tarifverträge, die für die Einhaltung der Arbeitsbedingungen des Verursachenden in dem Tarifgebiet überwiegende Bedeutung erlangt haben, als allgemein verbindlich erklären (§ 2). Antragsberechtigt sind: jede Vertragspartei des Tarifvertrags sowie Vereinigungen von Arbeitgebern oder Arbeitnehmern, deren Mitglieder durch die Erklärung des Reichsarbeitsamtes betroffen werden würden (§ 3). Die allgemein verbindlichen Tarifverträge sind in ein Tarifregister einzutragen, das beim Reichsarbeitsamt oder einer von ihm bezeichneten Behörde geführt wird (§ 5). Die Eintragung in das Tarifregister ist jedem gestattet (§ 6). Die Bestimmungen über Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und über das Einigungswesen lehnen sich an die Vorschläge im Gewerkschaftsentwurf eines Arbeitskammergesetzes an. In wichtigen Fällen kann das Reichsarbeitsamt die Durchführung des Einigungs- und Schiedsverfahrens selbst übernehmen oder sie einer anderen Schlichtungsstelle überlassen (§ 22). Hier übernimmt das Reichsarbeitsamt die Funktionen eines Reichseinigungsamtes, für die besser eine selbständige Behörde eingerichtet würde. Dies erscheint uns um so notwendiger, als die Streikbewegungen, die den Bestand der deutschen Volkswirtschaft bedrohen und nur durch eine zentrale Vermittlungsinstanz beigelegt werden können, sich von Tag zu Tag mehren. Die neue Verordnung ist im „Reichsanzeiger“ vom 23. Dezember 1918 veröffentlicht.

**Änderung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge.** Das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung hat am 21. Dezember 1918 eine Änderung der Verordnung vom 13. November 1918 über Erwerbslosenfürsorge erlassen (vgl. Reichsanzeiger vom 24. Dezember 1918). Die neue Verordnung verpflichtet die Gemeinden, für Erwerbslose, die auf Grund der Reichsversicherungsordnung zur Fortführung oder Aufrechterhaltung der Krankenversicherung berechtigt sind, die weitere Versicherung in der bisherigen Mitgliederklasse oder Lohnstufe beizubehalten. Sie haben zu diesem Zwecke die erforderlichen Meldungen zu bewirken und die vollen Beiträge für die Erwerbslosen zu zahlen. Verläßt die Gemeinde und gerät dadurch der Erwerbslose in Verlußt der Krankenhilfe, so hat die Gemeinde ihn die gleichwertige Krankenhilfe

zu gewähren. Von diesen Leistungen können nur die Beiträge als Kosten der Erwerbslosenfürsorge gegenüber Reich und Staat angerechnet werden.

**Verordnung über Wochenhilfe aus Reichsmitteln.** Eine Verordnung des Reichsarbeitsamts am 21. Dezember 1918 (Reichsangebot vom 31. 12. 181) bestimmt, daß auf Gewährung von Wochenbeihilfe aus Reichsmitteln Personen, die im Reiche Kriegs-, Samt- oder ähnliche Dienste geleistet haben, auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Dienste Anspruch haben, wenn die Entbindung innerhalb 6 Wochen nach der Dienstentlassung stattfindet. Der Betrag des Entgeltes wird von 50 auf 75 Pf. erhöht. Die neue Verordnung tritt am Tage ihrer Verkündung in Kraft.

**Ueber die Kundgebung der preussischen Regierung zu den Lohnbewegungen** haben wir bereits in Nr. 3 der „Gewerkschaft“ berichtet. Am 2. Januar d. J. erließen die Reichsminister in dem ihnen unterstellten Betrieben des Staates Lohnforderungen zwar mit aller Würdigung der jetzigen Bedürfnisse der Arbeiterschaft, aber auch sorgfältig daraufhin zu prüfen, ob nicht durch die Bewilligung den in Frage kommenden Betrieben Lasten auferlegt werden, die sie nicht ertragen können, ohne zu erliegen und sie somit die gesamte Finanzgebarung des Staates gefährden. In diesem Falle seien die Forderungen zurückzuweisen. Obwohl sich diese Kundgebung, die von sämtlichen preussischen Ministern, auch den damals noch im Amt befindlichen Unabhängigen unterzeichnet ist, nur an die Leiter der Staatsbetriebe richtet, hat sie doch eine große Bedeutung für unser gesamtes Wirtschaftsleben. Denn was für die Staatsbetriebe gilt, trifft in weitaus höherem Maße auf das private Erwerbsleben zu, das durch übertriebene Lohnforderungen zum Erliegen kommen muß. So sehr der Arbeiterschaft in diesen schweren Zeiten auskömmliche Löhne zuerkannt werden müssen, so darf doch die allgemeine Wirtschaftslage nicht außer Betracht gelassen werden. Keine Macht der Erde kann eine Prosperität der Betriebe durch Gewaltanwendung erzwingen. Die Staatsgewalt kann den einzelnen Unternehmer zwar nötigen, den Betrieb auch widerwillig fortzuführen, aber sie kann ihn nicht zwingen, mit Unternehmungslust und Gewinn zu wirtschaften. Und wenn der Zusammenbruch vor der Tür steht, kann das Unternehmen vielmehr durch eine Liquidationskommission aufrechterhalten werden, aber auch diese ist oft außerstande, Löhner hohe Löhne herauszuwirtschaften, wenn das ganze Wirtschaftsleben wie in den letzten 8 Wochen fast ganz zum Erliegen gekommen ist. Es war ein verhängnisvoller Fehler, die politische Revolution in eine große Lohnbewegung ausmünden zu lassen und zugleich die Gewerkschaften in dieser Lohnbewegung auszuwickeln. Die Gewerkschaften würden dafür Sorge getragen haben, daß die Arbeiterforderungen mit der Wirtschaftslage zu vereinbaren waren. Für vieles, was in der letzten Zeit gewisse Arbeitergruppen an Forderungen durchgesetzt haben, können die Gewerkschaften allerdings keine Verantwortung übernehmen, ebensowenig für die Begleitung solcher Lohnbewegungen auf tretenden Gewalttätigkeiten. Es ist dringend zu wünschen, daß die Kundgebung der preussischen Minister, der sich selbst die Herren Cröbel, Adolf Hoffmann und Dr. Rosenfeld angeschlossen haben, in allen Kreisen, vor allem auch in denen der Arbeiterschaft selbst ihren Eindruck nicht verhehlt, und daß überall das Verantwortlichkeitsgefühl in wirtschaftlichen Fragen zurückkehrt, ohne daß unsere Volkswirtschaft dem Ruin entgegengeführt würde.

**Aussichten der Wohnungsreform.** Man hört jetzt wohl öfter die Ansicht, daß im Hinblick auf die wirtschaftlich ansehnlich bedrückte Lage unseres Landes vorläufig jeder Gedanke an Wohnungs- und Siedlungsreform aufzugeben sei. Daß diese Ansicht irrig ist, hat Dr. A. v. Margale in einem Artikel „Sturzzeit“ in der Dezembernummer der „Mitteilungen des Deutschen Vereins für Wohnungsreform“ ausdrücklich dargetan. Er führt aus, daß gerade aus materiellen Gründen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sowie zur Pflege und Entwidlung der ausgeblühten und spärlichen Quellen eine Umgestaltung unseres Wohnungs- und Siedlungswezens zu unseren nächstliegenden Sorgen gehört. Auch im Hinblick auf die Sicherung des Familienlebens und einer befriedigenden Hauslichkeit als Voraussetzung für die schwere Arbeit der kommenden Jahrzehnte sei eine Wohnungs- und Siedlungsreform unerlässlich. Endlich mache die Weiterführung der Sozialpolitik und insbesondere auch eine aussichtreiche Lösung der Bevölkerungsfrage die gründliche und schnelle Durchführung wichtiger Grundzüge der Wohnungs- und Siedlungsreform dringend notwendig. Dabei müßte aber die Entwicklung viel stärker und entschlossener als bisher hinstreben auf die profunde und planmäßige Dezentralisation, auf eine gartenmäßige und halbbländliche Siedlungsweise. Der Verfasser macht im Zusammenhang mit diesem letzten Hinweis auf wichtige treibende Kräfte des Dezentralisationsvorganges aufmerksam und vertritt die Ansicht, daß die aller Voraussicht nach eintretenden starken Bevölkerungsveränderungen ohnehin die Siedlung in die gleiche Entwicklungsrichtung nötigen. Zum Schluß wird auf einige grundsätzliche Forderungen der Wohnungs- und Siedlungsreform hingewiesen, die gerade jetzt unter dem Druck der Zeit durch die kommende Nationalversammlung und die einzelstaatlichen Volksvertretungen durchgesetzt werden müßten, um endlich die gute Sache der Bevölkerung näher zu bringen.

### Eingegangene Schriften und Bücher

**Soziale Forderungen für die Übergangswirtschaft.** Eine Kundgebung. Unter Mitwirkung von: Bureau für Sozialpolitik, Deutsche Gartenbau-Gesellschaft, Deutscher Verein für Wohnungsreform, Gesellschaft für soziale Reform, Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation, Ständiger Ausschuss zur Förderung der Arbeiterinnen-Interessen, Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Deutscher Handwerks- und Gewerbesamstag, General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands, Geländeerband der Christl. Gewerkschaften, Verband der Deutschen Gewerbevereine (D. D.), Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände, Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Arbeitsgemeinschaft technischer Verbände, Kaufmännischer Verband für weibliche Angestellte. Herausgegeben von der Kriegswirtschaftlichen Vereinigung, G. B. Berlin. (N u G S.) 8°. Geh. 1,50 Mk. Hierzu Leierungszuschläge des Verlages sind der Buchhandlungen. Verlag von G. O. Teubner, Leipzig und Berlin 1918.

### Filiale Hannover sucht zum sofortigen Antritt einen Ortsbeamten.

Derselbe muß mindestens 3 Jahr Mitglied unserer Organisation sein, muß in schriftlichen Arbeiten gewandt, rednerisch und zur Führung der Kassengeschäfte befähigt sein. Bewerbungen sind an den Vorsitzenden der Kommission Albert Wenig, Hannover - Seiden, Ziegeleistr. 5, bis zum 15. Februar einschl. zu richten.

### Hilfsarbeiter-Besuch.

Bewerber müssen mindestens 3 Jahr gewerkschaftlich organisiert, zu freier Rede fähig und schriftgewandt sein. Bewerbungen, nebst Lebenslauf, evtl. Angaben über bisherige öffentliche Tätigkeit und Gehaltsansprüche sind spätestens bis 1. Februar 1919 an die nachstehend verzeichnete Adresse einzureichen. **Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Sekretariat Hamburg, Besenbinderhof 57, Zimmer 20, Gewerkschaftsbau.**

### Die Filiale München sucht zum als baldigen Eintritt einen Hilfsarbeiter.

Derselbe muß über Kenntnisse in der Agitation verfügen, Betriebsversammlungen abhalten und Schriftliche (Angaben usw.) anfertigen können. Kollegen, welche diese Voraussetzungen erfüllen, werden gebeten, ihre Bewerbungen bei der Verbandsteilung (Peitalozylstraße 44 3) einzureichen. Den Bewerbungen ist ein kurzer Lebenslauf sowie eine kleine Schilderung über zweckmäßige Agitation beizufügen.

Die Verbandsteilung. S. A.: Julius Weiß.

### Lebensliste des Verbandes.

|   |   |
|---|---|
| <b>Gustav Enders, Berlin</b><br>† 11. 1. 1919, 57 Jahre alt.                | <b>Anna Jürgens, Küßlingen</b><br>Arbeiterin<br>† 5. 1. 1919, 20 Jahre alt.             |
| <b>Wilhelm Fiedler, Meissen</b><br>Arbeiter<br>† 19. 1. 1919, 68 Jahre alt. | <b>Ollo Klein, Danzig</b><br>Maurer<br>† 19. 1. 1918, 86 Jahre alt.                     |
| <b>Elara Gahky, Dresden</b><br>Wärterin<br>† 18. 1. 1919, 69 Jahre alt.     | <b>Gustav Kärgel, Berlin</b><br>† 9. 1. 1919, 49 Jahre alt.                             |
| <b>Karl Hindemith, Berlin</b><br>† 4. 1. 1919, 57 Jahre alt.                | <b>G. Scharenbrock, Küßlingen</b><br>Munitionsarbeiter<br>† 20. 12. 1918, 40 Jahre alt. |



### Opfer des Weltkrieges:

**Leonhard Gleising, Stuttgart**  
am 4. Mai 1917 im Alter von 82 Jahren gefallen.

**Kidj. Salomon, Dresden**  
am 3. Jan. 1919 im Alter von 37 Jahren im Lazarett gestorb.

Ehre ihrem Andenken!

Krieg: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter G. H. Mann n. Verantwortlicher Redakteur Emil Dillmer, beide Berlin W. 67, Winterfeldstr. 24. Druck: Hermann Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Unter den Eichen 2.